

PRESSEMITTEILUNG

Konrad-Adenauer Platz 1
40764 Langenfeld/Rhld.
Telefon: 02173/794-1040

E-Mail: Fraktion@fdp-langenfeld.de

24.03.2024

Im Koalitionsvertrag kündigen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine schulrechtliche Verankerung sowie die Entwicklung von Mindeststandards für den Ganztags an. Das ist aus Sicht der Langenfelder FDP-Fraktion auch dringend nötig um landesweit einen einheitlichen Standard im offenen Ganztags zu schaffen. Vor dem Hintergrund des neuen OGS-Rechtsanspruchs muss das System in NRW dringend weiterentwickelt werden. Auf den aktuell in Langenfeld vorhandenen Strukturen können wir aufbauen. Es darf aber nicht sein, dass es vom Glück abhängt, ob OGS und Schule gut miteinander zusammenarbeiten.

„Umso enttäuschter sind wir nun, dass aus Düsseldorf, statt eines Ausführungsgesetzes für den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule, nun lediglich ein dürftiges dreiseitiges Papier vorgelegt worden ist. Aus unserer Sicht muss es Ziel sein, überall eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe, Kommunen und Schulen zu gewährleisten. Diese Zusammenarbeit muss gestärkt und auch rechtlich sicher verankert werden. Eine große Chance das OGS-System nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ weiterzuentwickeln, ist leider nicht genutzt worden. Eine Möglichkeit notwendige Schritte für bessere Bildungschancen zum Wohle aller Kinder und Jugendlichen, als auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzuleiten, ist leider nicht genutzt worden.“ Kommentiert Niklas Derwort, stellvertretender schulpolitischer Sprecher, die Situation bezüglich des offenen Ganztags

„Die Landesregierung täte gut daran ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Mit dem Landesausführungsgesetz sind zwingend Regelungen für verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Schulen, OGS-Trägern und außerschulischen Akteuren sicherzustellen. Im Sinne der Kommunen, die finanziell schon sehr stark gebeutelt sind, ist mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auch der notwendige Finanzrahmen bereit zu stellen. Die Qualität des offenen Ganztags darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der jeweiligen Kommune abhängig sein. In Zusammenarbeit mit den Kommunen muss ein verlässliches und qualitativ hochwertiges, ganztägiges Bildungsangebot für Kinder im Grundschulalter sichergestellt werden.“ Ergänzt Frank Noack, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion.